



BürgerInneninitiative gegen ein Bordell in Marburg

Marburger Bürgerinitiative bi-gegen-bordell.de an die Mitglieder des Bundesrates

Marburg, 09.09.2013

(www.bi-gegen-bordell.de)

Inge Hauschildt-Schön
Vogelsbergstr. 31
35043 Marburg

Sehr geehrter Herr / Sehr geehrte Frau

am 27.06.2013 hat der Bundestag die Novellierung des Prostitutionsgesetzes von 2002 beschlossen. Im vorangegangenen Anhörungsverfahren haben **alle** Sachverständigen von Polizei, Hilfsorganisationen, Gesundheitsamt, Justiz, Prostituiertenvertretung und Bundeskriminalamt die geplante Gesetzesänderung abgelehnt: Die inhumanen Verhältnisse in der deutschen Prostitutionsszene werden durch die Novellierung nicht verändert, die Forderungen der EU-Richtlinien zum Menschenhandel nicht ansatzweise berücksichtigt.

Deutschland ist auf Grund der Legalisierung der Prostitution zum Eldorado von Sextouristen aus aller Welt geworden. Bordelle, Laufhäuser und Wohnungsbordelle haben sich seit 2002 inflationsartig in Stadt und Land ausgebreitet.

In der Sexindustrie werden Frauen zu Billigpreisen verkauft und in sog Flatrateangeboten vergewaltigt, gefoltert, gedemütigt. Ihre körperliche und seelische Integrität wird missachtet und ihre Intimsphäre verletzt.

Sexualisierte Gewalt ist gesellschaftsfähig geworden.

Jeder Tierschutzverein würde sich aufregen, wenn das, was Freier mit Prostituierten machen, mit Tieren geschähe (vgl.Tierschutzgesetz).

Das novellierte Prostitutionsgesetz sieht eine gewerberechtliche Überwachung von „Prostitutionsstätten“ vor.

Verstöße gegen gewerberechtliche Standards wie Hygiene, Brandschutz etc. sollen kontrolliert werden, Verstöße gegen Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ werden ignoriert.

Sexualisierte Gewalt, Menschen verachtende sexuelle „Dienstleistungen“ und Frauenhandel sind kein Verwaltungsunrecht, das Gewerbeämter regeln könnten. Sie sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit und somit Aufgaben von Polizei und Justiz!

Heutige Prostitution muss grundsätzlich neu bewertet werden!

Das Prostitutionsgesetz muss neu gefasst werden!

Deutschland darf nicht weiter Vorreiter für einen entgrenzten, entmenschlichten Umgang mit Frauen sein!

Deutschland darf nicht länger ein Eldorado für weltweiten Sextourismus bleiben!

Wir appellieren an alle Mitglieder des Bundesrates:

STIMMEN SIE DEM NEUEN PROSTITUTIONSGESETZ NICHT ZU!

Zu Ihrer Information: Was bedeutet Prostitution heute? s. Anhang